



AUF EINEN BLICK EU, EUROPA UND DIE GANZE WELT

Ausstieg aus der Atomkraft und Verringerung der Treibhausgasemissionen – beides zusammen ist den Japanern zu viel. Im September wurde das einzige verbleibende AKW für Sicherheitsüberprüfungen vom Netz genommen. Während vor dem Unfall in Fukushima etwa 30 Prozent der japanischen Elektrizität aus Atomkraft stammte, muss diese Menge nun aus fossilen Kraftwerken bezogen werden. Daher hat die japanische Regierung Mitte November das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 25 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, für gegenstandslos erklärt.

Eurostat, das statistische Amt der EU, hat den Band „Smarter, greener, more inclusive?“ veröffentlicht, der Indikatoren und umfangreiche Hintergrundinformationen bezüglich der Ziele der 2020-Strategie in den Sektoren Beschäftigung, Armut, Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Klimawandel und Energie enthält.

Die EU-Kommission verklagt Österreich wegen unvollständiger Umsetzung von EU-Vorschriften im Zusammen-

hang mit erneuerbaren Energien. Sie kritisiert die mangelhafte Umsetzung von Bestimmungen zum vorrangigen Netzzugang von Strom aus erneuerbaren Quellen und die fehlende Umsetzung der Kontrollen der Nachhaltigkeitsanforderungen für Biokraftstoffe.

Der Schutz der KonsumentInnen und der öffentlichen Dienstleistungen kommt vor Kapitalinteressen, urteilt der EuGH: Die Mitgliedstaaten dürfen verbieten, dass sich private Investoren an Strom- und Gasnetzen beteiligen. Geklagt hatten niederländische Energieunternehmen gegen ein entsprechendes Privatisierungsverbot.

Internationaler Kampf gegen Bleivergiftungen. Im Rahmen einer Aktionswoche hat die UN-Umweltorganisation UNEP eine Studie vorgestellt, die zeigt, dass in Entwicklungsländern immer noch Farben und Lacke auf den Markt kommen, die hohe Mengen an giftigem Blei enthalten. Der Bericht enthält auch Empfehlungen, wie die Staaten gegen diese Farben vorgehen können, die in Industriestaaten schon lange verboten sind. **CS**

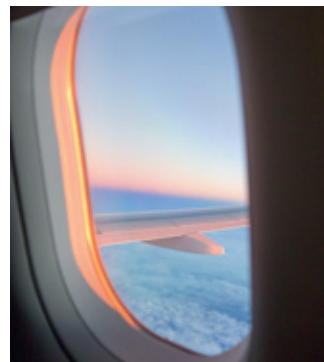
pes Gut mehr, und der Preis vervielf. Als Reaktion hatte die EU-Kommission ursprünglich geplant, die Zertifikate ganz aus dem Markt zu nehmen. Es wird geschätzt, dass mindestens 2.000 Millionen Zertifikate zu viel am Markt sind. Der Preis der Zertifikate an den Börsen reagierte vorerst nicht auf den Beschluss. **CS**

EMISSIONSHANDEL II

LUFTVERKEHR FLIEGT AUS DEM EMISSIONSHANDEL

Die EU-Kommission ist mit ihrem Vorhaben, den internationalen Luftverkehr in den Emissionshandel einzubeziehen, gescheitert.

Die EU ist vor China, Indien und anderen eingeknickt, die ihren Fluglinien verboten haben, die



nach der EU ETS-Richtlinie, dem Emissionshandelssystem der EU, beziehungsweise den jeweiligen innerstaatlichen Umsetzungen verlangten CO₂-Zertifikate für internationale Flüge zu zahlen. Statt gerichtlich gegen die Zahlungsverweigerer vorzugehen, wurde auf EU-Ebene beschlossen, diese Verpflichtung auszusetzen, angeblich, um unbelastet auf der Ebene der Internationalen

Zivilluftfahrtsorganisation (ICAO) die Einführung eines internationalen Systems des CO₂-Handels für Fluglinien verhandeln zu können. Die Ausarbeitung eines derartigen „marktbasierten Mechanismus“ wurde bei der letzten ICAO-Generalversammlung im September aber auf die lange Bank geschoben. Der Flugverkehr ist in den Industriestaaten für gut drei Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich, bei stark steigender Tendenz. **CS**

DEUTSCHLAND

LKW-MAUT AUF ALLEN STRASSEN

Deutschlands Länder, Städte und Kommunen wollen die Ausdehnung der Lkw-Maut auf alle Straßen.

Der Zustand von Straßen, Schienen und Wasserwegen in Deutschland ist alarmierend. Vor allem Straßen leiden unter Überbeanspruchung durch Verkehr und fehlende Wartungsbudgets der öffentlichen Hand. Jede zweite kommunale Brücke ist zum Beispiel laut dem Deutschen Institut für Urbanistik marode. Diese Umstände haben einen Sinneswandel herbeigeführt. Alle 16 deutschen Bundesländer sowie Städte und Kommunen haben sich bei einem Treffen in Potsdam am 2. Oktober 2013 über Parteigrenzen hinweg auf einen zentralen Forderungskatalog gegenüber der neuen Bundesregierung verständigt. Auf Basis eines Expertenberichts („Bodewig-Kommission“) und der Koalitionsvereinbarung wird die neue Bundesregierung

Aktion: „Räumphase ist Leo“

Im November zog die Aktion „Räumphase ist Leo“ durch Wien, um das Miteinander im Straßenverkehr zu verbessern und die Sicherheit zu erhöhen. Motto für alle VerkehrsteilnehmerInnen: „Bleib gelassen an der Ampel.“ www.aktionampel.at